

Uli Corona-Newsletter vom 9. Oktober 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Corona-7-Tage-Inzidenz für Baden-Württemberg beträgt heute 23,6, die im Rhein-Neckar-Kreis 19,9. Esslingen bleibt mit dem Höchstwert von jetzt 56,3 der Hotspot. In allen anderen Großstädten, Stadt- und Landkreisen (Ausnahme: Ortenaukreis) in BW hat sich der Anstieg verringert, ohne dass im Entferntesten von einer Entwarnung gesprochen werden könnte. So gehen wir in das Wochenende, das von Appellen, unbedingt „A-H-A“ zu praktizieren geprägt ist. Wir haben uns in diesem Newsletter bemüht, Informationen über Hintergründe und Ursachen des derzeitigen rasanten Anstiegs der Infektionszahlen zusammenzustellen. Wir stellen die Frage, wie es weiter geht und schauen auch wieder in das europäische Umland.

Themenwechsel: Heute vor einem Jahr, am 9. Oktober 2019 hat ein schwer bewaffneter rechtsextremer Attentäter um die Mittagszeit versucht, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur in die Synagoge in Halle einzudringen, um ein Blutbad anzurichten. Als dies nicht gelang, erschoss er eine 40 jährige Frau und in einem nahe gelegenen Dönerimbiss einen 20 Jahre alten Mann. Es reicht nicht, der Opfer zu gedenken. Angesichts wachsender antisemitischer Straftaten und Übergriffe, eines gefährlichen Gebräus von Rechtsextremismus und Verschwörungsmythen ist mehr denn je Zivilcourage im Alltag und demokratisches Engagement gefragt.

Ich möchte euch sehr gerne auf einen Anhang zu diesem Newsletter hinweisen. Ihr findet einen Beitrag von **Claudia Schmiedeberg** (Hirschberg), mit dem sie auf den Beitrag der Heidelberger Frauen um Franziska Brantner (Newsletter vom 5. Oktober) antwortet. Ich finde es klasse, wenn wir solche wichtigen Diskussionen führen und wenn unser Newsletter dafür eine Plattform sein darf. Mit dem herzlichen Dank an Zenobya, Fadime und Martin für ihre redaktionelle Arbeit in der zu Ende gehenden Woche wünsche ich euch zwei angenehme freie Tage! Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 09. Oktober 2020

Deutschland

09.10.2020: Gesamtzahl: 314.660 (Veränderung zum Vortag: + 4.516)

Baden-Württemberg

09.10.2020: Gesamtzahl: 53.333 (+ 527); genesene Personen: 45.770 (+ 260); verstorbene Personen: 1.899 (+ 1)

Rhein-Neckar-Kreis

09.10.2020: Gesamtzahl: 1763 (+ 25); aktive Fälle: 119; genesene Personen: 1603; verstorbene Personen: 41

Corona: Weshalb steigen die Fallzahlen?

Was ist nun mit den Neuinfektionen in Deutschland? Nehmen sie zu? Oder ist der Anstieg nur ein Artefakt, weil mehr getestet wird, wie mancher gerne mit dem Brustton der Überzeugung behauptet?

Um etwas Licht in den Dschungel der Skepsis und der offenen Fragen zu bringen, wäre zunächst zu klären: Wird mehr getestet? Ja, aber in den letzten Wochen hat die Zahl in Deutschland kaum zugenommen.

Das Robert-Koch-Institut fragt in den Laboren unter anderem auch die Zahl der Tests ab. In seinem aktuellen Wochenbericht hat es auf Seite 10 eine Tabelle der Testzahlen veröffentlicht. Ab der 11. Kalenderwoche (KW) liegen wöchentliche Testzahlen vor.

Demnach gab es in der 11. KW knapp 130.000 Tests. Bis zur 31. Woche stiegen die Tests mit einigen Auf und Ab auf gut 580.000 an, während zugleich die Zahl der gemeldeten Neuinfizierten erst drastisch, dann langsamer abnahm. Ab KW 31 verlief der Anstieg der Testzahlen ziemlich schnell und geradlinig bis in der 36. KW 1,09 Millionen Tests durchgeführt wurden.

In den letzten fünf Wochen verharrte die Zahl der Tests dann annähernd auf diesem Niveau mit nur ganz leichter positiver Tendenz. Es wurden wöchentlich 1,099, 1,162, 1,148 und zuletzt 1,153 Millionen Tests durchgeführt.

Wenn also die Eingangsthese stimmt, dass die Zunahme der gemeldeten Infektionen vor allem eine Folge vermehrten Testens sei, müssten ja die Fallzahlen in den letzten Wochen konstant geblieben sein. Sind sie aber nicht.

Schauen wir auf die Zahl der wöchentlich gemeldeten Neuinfektionen in der gleichen Tabelle. Ab KW 28 zeigen diese einen Anstieg der Fallzahlen um wöchentlich zunächst gut 400, dann 1100 und ab der 31. KW schließlich um etwa 1500.

Das heißt, von Woche zu Woche stieg die Zahl der Neuinfektionen um rund 1500, bis in der 34. KW schließlich bei über einer Million Tests die Zahl der gemeldeten neuen Fälle auf rund 9500 gestiegen war.

In dieser Phase verliefen Zunahme von Tests und gemeldeten Fällen tatsächlich parallel. Doch was bedeutet das? Dazu gleich mehr, doch erst noch ein Blick auf die letzten Wochen.

Ab der 34. Woche blieb die Zahl der Tests, wie oben bereits dargestellt, auf hohem Niveau weitgehend stabil. Und die Fallzahlen? Die gingen zunächst zwei Wochen lang wieder etwas zurück, um dann ab der 37. KW wieder rasch zu steigen, besonders sprunghaft in der vorletzten Woche.

Trotz annähernd gleicher Testzahlen in den letzten sechs Wochen wurden über 4000 wöchentliche Infektionsfälle mehr gemeldet. Das war eine Steigerung um rund 50 Prozent. Von einem statistischen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Tests und den Positiv-Meldungen kann also für die letzten sechs Wochen keine Rede sein.

Und in den fraglichen vier Wochen davor? In diesen gibt es dem Augenschein nach einen statistischen Zusammenhang, eine Korrelation, wie der Statistiker sagt. Doch das heißt noch nicht, dass es auch einen ursächlichen Zusammenhang geben muss. Wurde nun zumindest in diesem Zeitraum mehr gefunden, weil mehr gesucht wurde?

Oder wurde vielleicht mehr getestet, weil die Zahl der Infizierten zunahm und die Infektionsketten verfolgt werden mussten. Letzteres ist angesichts der Verfahren, mögliche Infizierte aufzuspüren, eigentlich wahrscheinlicher. Beide Erklärungen passen zu der gefundenen zeitweiligen Korrelation.

Blick über den Gartenzaun

Wie dem auch sei, der statistische Zusammenhang war ohnehin nur ein kurzlebiger, und vielleicht sollte man sich hierzulande sowieso mal ein wenig angewöhnen, über die Landesgrenzen zu schauen. Der Blick über den Gartenzaun hilft auch bei der Frage, nach dem vermeintlichen Zusammenhang zwischen Test- und Fallzahlen.

Schauen wir uns also die Zahlen des Worldometers an:

<https://www.worldometers.info/coronavirus/#countries>. Bei diesem handelt es sich um ein internationales Statistikprojekt, das die wichtigen Zahlen aus aller Welt für ein möglichst breites Publikum und möglichst zeitnah verfügbar machen will. So auch die Corona-Zahlen aus 241 Ländern und Territorien. Hier stellt sich das Projekt vor:

<https://www.worldometers.info/about/>

Die Angaben über Corona-Infizierte, Todesfälle, Tests etc. werden den Berichten der Regierungen und auch örtlichen Medien entnommen. Für Deutschland greifen die "Weltstatistiker" auf die von einem journalistischen Gemeinschaftsprojekt (<https://interaktiv.morgenpost.de/corona-virus-karte-infektionen-deutschland-weltweit/>) zusammengetragenen Daten zu, die dieses wiederum bei den Kreisgesundheitsämtern und dem Robert-Koch-Institut erfragt. Die Covid-19-Recherche des Worldometers ist detaillierter hier beschrieben:

Unter anderem kann man in diesen stets tagesaktuellen Tabellen auch die Zahl der Tests und der Fallzahlen vergleichen, und zwar jeweils bezogen auf eine Millionen Einwohner. Sofort fällt auf, dass es zwischen ihnen keinen einfachen Zusammenhang gibt.

Deutschland hat zum Beispiel offensichtlich bereits jeden fünften Einwohner getestet, aber erst 3537 Infizierte pro einer Million Einwohner gemeldet, womit es übrigens erst an 98. Stelle liegt. Angeführt wird die Liste von Katar, wo auf eine Million Einwohner 44.933 Infizierte kommen. Getestet wurde dort aber nur unwesentlich mehr als in Deutschland. Etwa jeder Vierte wurde bisher überprüft.

Dazwischen liegen zum Beispiel die USA mit 22.640 und Brasilien mit 22.730 Infizierten pro einer Million Einwohner. In den USA wurden bisher von einer Million Einwohner 327.000 auf den Virus überprüft, womit dort in etwa 50 Prozent häufiger als in Deutschland getestet wurde. In Brasilien wurden hingegen pro Millionen Einwohner nur 84.000 Tests durchgeführt, also wesentlich weniger als in den USA oder Deutschland, obwohl eine erheblich höhere Zahl an Infizierten als hierzulande registriert wurde.*

Ergo: Auch in den globalen Statistiken findet sich kein Beleg für einen Zusammenhang zwischen Zahl der Tests und der gemeldeten Infektionen. Die These mag auf den ersten Blick so schön logisch zu sein, aber sie lässt sich nicht verifizieren. Die Zusammenhänge sind offensichtlich komplexer.

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Okt_2020/2020-10-08-de.pdf?_blob=publicationFile

<https://www.heise.de/tp/news/Corona-Weshalb-steigen-die-Fallzahlen-4919080.html>

Woran liegt der Anstieg dann?

Der Spätsommer hat in der Pandemie ein Gefühl der falschen Sicherheit gebracht, weil die Neuinfektionen seltener zu Erkrankungen geführt haben. Jetzt müssen wieder mehr Patienten stationär aufgenommen werden.

Das Effizienteste gegen eine Corona-Ausbreitung ist eine Kombination aus Masken-Tragen und gezielten Maßnahmen gegen Cluster. Die jetzigen Maßnahmen sind schon dafür geeignet. Mit einem Cluster-Kontakttagbuch etwa kann man sehen, wo man sich vor sieben bis zehn Tagen infiziert hat. Solche Informationen sind für die Gesundheitsbehörden sehr hilfreich.

Der Anstieg geht sehr wahrscheinlich nicht auf Nachmeldungen oder dergleichen zurück, sondern spiegelt das Infektionsgeschehen wider. Das RKI prüft die Daten derzeit noch im Detail. Für eine konkrete Schlussfolgerung ist es noch zu früh. Wir haben immer wieder sprunghafte Anstiege, die sich nicht notwendigerweise als Vorbote eines exponentiellen Anstiegs herausstellen. Wir müssen mehr auf die Erkrankungszahlen statt auf die reinen Laborbefunde schauen. Zumindest bei den intensivmedizinisch behandelten Covid-19-Patienten zeichnet sich ein deutlicher Anstieg ab. Laut aktuellem RKI-Lagebericht wurden am Donnerstag 487 Corona-Infizierte intensivmedizinisch behandelt, 239 davon wurden beatmet. Eine Woche zuvor (1.10.) hatte der Wert noch bei 362 (193 beatmet) gelegen, in der Woche davor (24.9.) bei 296 (166 beatmet).

Déjà-vu nach sechs Monaten - Südwesten schaut auf die Corona-Zahlen

Die Wortwahl wird schärfer, die Auflagen werden es auch: Während die Zahl der Corona-Kranken sprunghaft steigt, bereiten sich immer mehr Kreise und Städte auf weitere Einschränkungen in ihrer Region vor. Vor allem die Lage in den größeren Städten besorgt Politik und Gesundheitsexperten und erinnert vage an die Situation im vergangenen Frühjahr.

Wo ist es besonders kritisch?

Nach dem Kreis Esslingen mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von zuletzt 54,6 bewegt sich auch die Landeshauptstadt Stuttgart auf die kritische Marke zu. Dort lag der Wert am Donnerstag bereits bei 43,7. Ebenfalls hohe Zahlen weisen die Kreise Ludwigsburg, Göppingen und

Schwäbisch Hall, der Ortenaukreis und Mannheim auf. Die niedrigste Ansteckungsgefahr besteht den Zahlen zufolge momentan im Kreis Rottweil.

Was plant das Land angesichts der steigenden Zahlen?

Die Bundesländer können weitgehend in eigener Verantwortung über Einschränkungen oder aber die Lockerung von Auflagen entscheiden. Schärfere Regeln auf Landesebene sind zurzeit in Baden-Württemberg nicht vorgesehen. Zuletzt hatte eine Mehrheit der Bundesländer zudem ein Beherbergungsverbot für Reisende aus Orten mit sehr hohen Corona-Infektionszahlen beschlossen, sofern die Touristen keine maximal 48 Stunden alten negativen Corona-Test vorlegen können.

Wie reagieren die Städte?

Städte wie Mannheim, Mühlacker und auch Stuttgart folgen mit ihrer Verschärfung der Empfehlung der Bund-Länder-Kommission von Ende September. Sie nimmt vor allem Feiern im Familien- und Freundeskreis ins Visier. Deshalb gilt in der Quadratestadt und anderen betroffenen Regionen wie Stuttgart eine Beschränkung von Feiern auf 25 Personen in Privatwohnungen und 50 zum Beispiel in Restaurants. Städte wie Mannheim ergänzen dies um weitere Auflagen zum Beispiel für das nächtliche Alkoholverkaufsverbot an Wochenenden. Auf öffentlichen Plätzen muss in Esslingen ein Schutz über Mund und Nase getragen werden.

Die Zahlen steigen, es wird mehr getestet. Reichen die Kapazitäten aus?

Tests könnten in den rund 50 Corona-Testzentren sowie in über 900 Corona-Schwerpunktpraxen vorgenommen werden. Der am stärksten betroffene Kreis Esslingen baut seine Kapazitäten zudem aus. Im Abstrichzentrum in Nürtingen können laut Landratsamt pro Tag 600 Tests durchgeführt werden. Mit einem zweiten Abstrich-Zentrum, das nun auf der Messe wiedereröffnet werden soll, könnten täglich mehr als 1000 Menschen getestet werden, hieß es.

Und Hausärzte?

Auch Hausärzte dürfen testen. Sie gehen aber ganz unterschiedlich mit den Corona-Abstrichen um. Allerdings ruft der Hausärzteverband niedergelassene Mediziner wegen der bevorstehenden Grippesaison auf, weitere Corona-Schwerpunktpraxen (CSP) einzurichten. Die bestehenden 900 Praxen müssten alle Menschen mit Erkältungssymptomen auf Corona testen, zugleich die wegen der Pandemie besonders empfohlene Grippeimpfung vornehmen und die Grundversorgung sichern, sagte der Landesverbandsvize Frank-Dieter Braun. Sie seien damit überfordert.

Sind die Ärzte ausreichend ausgerüstet?

Es scheint so, ja. Derzeit gebe es keinen Mangel an Schutzausrüstung und Abstrich-Kits, die Labore seien aus-, aber nicht überlastet, sagte die KVBW-Sprecherin. „Da haben wir noch keine Krise.“

Und wie sieht es auf den Intensivstationen aus?

Derzeit (Stand: 9. Oktober, 11.00 Uhr) sind 2326 von 3221 verfügbaren Intensivbetten im Land belegt. Zudem gibt es eine Notfallreserve von 1528 zusätzlich aufstellbaren Intensivbetten, die innerhalb von sieben Tagen verfügbar wäre. Das geht aus Daten des sogenannten Intensivregisters hervor, auf die sich auch das baden-württembergische Sozial- und das Innenministerium bei der Steuerung der Corona-Lage im Land berufen. In Zusammenhang mit Covid-19 werden im Südwesten derzeit 66 Menschen behandelt, 31 davon müssen beatmet werden.

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=laendertabelle>

Diskussion der Heidelberger Akademie der Wissenschaften

In der Heidelberger Akademie der Wissenschaft wurde über die Konsequenzen der Corona-krise diskutiert. Die Argumente der eingeladenen Experten könnt ihr lesen unter

https://www.rnz.de/nachrichten/metropolregion_artikel,-heidelbergkarlsruhe-das-sagen-experten-zu-veraenderungen-des-alltags-durch-corona- arid,561573.html

Große Corona-Sorgen in Europa - Gesundheitssysteme unter Druck

Fast überall in Europa bereiten steigende Corona-Infektionszahlen den Regierungen neue Sorgen. In Ländern wie Frankreich und Spanien wird schon über die Verhängung des Notstands nachgedacht.

SPANIEN ist mit 850 000 Infektionen besonders schlimm betroffen. Die Zahl der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner binnen sieben Tagen lag zuletzt bei 115. In einer Woche starben 1330 Menschen. Der Anteil der Covid-19-Patienten in den Krankenhäusern steigt. Landesweit gelten strenge Beschränkungen und Maßnahmen, auch Maskenpflicht im Freien. Viele Gebiete und Gemeinden sind abgeriegelt. Eine vom Gesundheitsministerium angeordnete Absperrung der Hauptstadt und neun weiterer Kommunen im Großraum Madrid wurde aber von der Justiz aufgehoben. Die Zentralregierung erwägt nun einen Corona-Notstand.

FRANKREICH hat in mehreren Großstädten bereits die höchste Corona-Warnstufe verhängt - unter anderem in Paris, Lyon und Marseille. Gesundheitsminister Olivier Véran warnt, dass es noch schlimmer wird. Sorge herrscht über die Lage in den Pariser Krankenhäusern. Dort nimmt der Anteil der Covid-19-Patienten auf den Intensivstationen zu. Die Regierung reagiert etwa mit Schließungen von Bars in den Regionen, in denen die Lage besonders ernst ist. Generelle Ausgangsbeschränkungen im ganzen Land sollen verhindert werden. Mit 18 746 Corona-Neuinfektionen binnen 24 Stunden gab es am Mittwoch einen Tageshöchstwert.

TSCHECHIEN - ehemals ein Corona-Musterschüler - ist nach den jüngsten Zahlen der EU bei den Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner zum traurigen Spitzenreiter geworden. Im

Schnitt steckten sich binnen 14 Tagen 374,6 Menschen je 100 000 Einwohner an. Am Donnerstag wurden in dem 10,7-Millionen-Einwohner-Land 5394 neue Fälle verzeichnet - der dritte Tagesrekord in Folge. Die Regierung hat Kultur- und Sportveranstaltungen verboten. Sollte die Kurve nicht abflachen, droht nach Ansicht von Experten bald ein dramatischer Engpass im Gesundheitssystem.

GROSSBRITANNIEN leidet ebenfalls stark: Mangel an Tests, ein Flickenteppich an Regelungen, marode Kliniken, Zehntausende Todesfälle. Der im Frühjahr selbst erkrankte Premier Boris Johnson steht zunehmend in der Kritik, ein schlechter Krisen-Manager zu sein. Seine Regierung spricht von einer „gefährlichen“ Lage. Besonders stark betroffen sind der Norden Englands, Schottland, Nordirland und Teile von Wales. Experten zufolge stehen vor allem in Nordengland die Kliniken vor dem Kollaps. Allein am Donnerstag meldeten die Behörden landesweit mehr als 17 500 Infizierte binnen 24 Stunden.

ITALIEN sorgt sich über den steilen Anstieg der Infektionsfälle in dieser Woche. Das Land, das im März Europas Corona-Hotspot war, registrierte am Donnerstag fast 4500 Ansteckungen - so viele wie zuletzt im April. Der große Unterschied: Jetzt sterben pro Monat so viele Menschen an Covid-19 wie damals an einem Tag. Die Intensivstationen sind mit etwa 360 Covid-Patienten nicht am Limit. Rom verschärft ständig die Maßnahmen - nun gilt Maskenpflicht auch im Freien. Besonders stark klettern die Werte im Süden. Dort ist das Medizinsystem schwächer als im Norden.

In den NIEDERLANDEN wurden am Donnerstag 5831 Neu-Infektionen gemeldet - 800 mehr als am Vortag. Die Zahl der Patienten in Krankenhäusern und auf Intensivstationen steigt schnell. Kliniken haben die Versorgung für andere Patienten drastisch reduziert und Hunderte Operationen abgesagt. Innerhalb von sieben Tagen wurden zuletzt 841 je 100 000 Einwohner infiziert. Vergangene Woche wurden im Schnitt 16 Tote am Tag gemeldet. Bürger und Experten fordern deutlich strengere Maßnahmen. Masken sind für öffentliche Räume zwar dringend empfohlen, bislang aber keine Pflicht.

BELGIEN verzeichnete zuletzt ebenfalls rasch steigende Zahlen. Die 14-Tage-Inzidenz - die Zahl an Infektionen pro 100 000 Einwohner innerhalb zwei Wochen - lag zuletzt bei 280,7. In der Hauptstadt Brüssel sind Cafés und Bars nun für einen Monat geschlossen. Die Regierung verschärfte auch die landesweiten Regeln: Bürger dürfen pro Monat nur noch mit drei Personen außerhalb der Familie engen Kontakt pflegen. Um 23.00 Uhr ist Sperrstunde.

<https://qap.ecdc.europa.eu/public/extensions/COVID-19/COVID-19.html#global-overview-tab>

Nachrichten ohne Corona

Bundestag beschließt CO2-Bepreisung

Der Einstieg ist geschafft. Jetzt bekommt CO2 endlich einen Preis für Kraft- und Heizstoffe. Damit werden klimafreundliche Alternativen attraktiver und der Umstieg von Kohle und Gas auf erneuerbare Quellen wird beschleunigt.

Den gestrigen Beschluss müssen wir auch in Beziehung zur Novelle des baden-württembergischen Klimaschutzgesetzes, die kommende Woche vom Landtag beschlossen werden soll, setzen. Ein Passus darin ist die verpflichtende kommunale Wärmeplanung für Stadtkreise und Große Kreisstädte. Ziel ist, dass Städte systematisch untersuchen, wo und wie ihre Wärmeversorgung effizienter und klimafreundlicher werden kann. Die prognostizierten Kosten für diese Untersuchung trägt das Land.

Der CO₂-Preis macht fossile Wärmeversorgung teurer und alternative Konzepte ökonomisch reizvoller. Mit unserem Klimaschutzgesetz geben wir Stadtkreisen und Großen Kreisstädten das Instrument an die Hand, günstigere und klimafreundlichere Alternativen zu finden. Von der Abwärmenutzung über Quartierskonzepte bis zu Nahwärmenetzen auf Basis erneuerbarer Energien.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article217411768/Bundestag-beschliesst-hoeheren-CO2-Preis.html>

Antisemitismus-Beauftragter Blume beunruhigt über QAnon

Der Antisemitismus-Beauftragte der baden-württembergischen Landesregierung, Michael Blume, hat sich in einem Interview besorgt über die Verschwörungstheorien-Bewegung QAnon geäußert. „Das Ausmaß und die rasche Verbreitung dieses Verschwörungsmythos beunruhigt mich sehr. Wir haben es mit einer apokalyptischen Digital-Sekte zu tun“, sagt der Religionswissenschaftler.

Aus Sicht Blumes ist zurzeit zwar ein Zerfall der Bewegung zu beobachten, aber die verbliebenen Anhänger würden sich umso stärker radikalisieren.

Insofern ist die Entscheidung von Facebook, künftig schärfer gegen die Verschwörungstheorie-Bewegung vorzugehen, zu begrüßen. Künftig will das Netzwerk Accounts löschen und Seiten sperren, die QAnon vertreten. Die Aktion von Facebook ist verständlich und notwendig, passt aber auch in das Narrativ von QAnon. Zudem gibt es in den Sozialen Medien Ausweichmöglichkeiten, wenn auch mit geringerer Reichweite.

https://www.krzbb.de/krz_12_111938895-113-Antisemitismus-Beauftragter-Blume-beunruhigt-ueber-QAnon.html

<https://www.sueddeutsche.de/digital/facebook-qanon-loeschung-1.5057234>

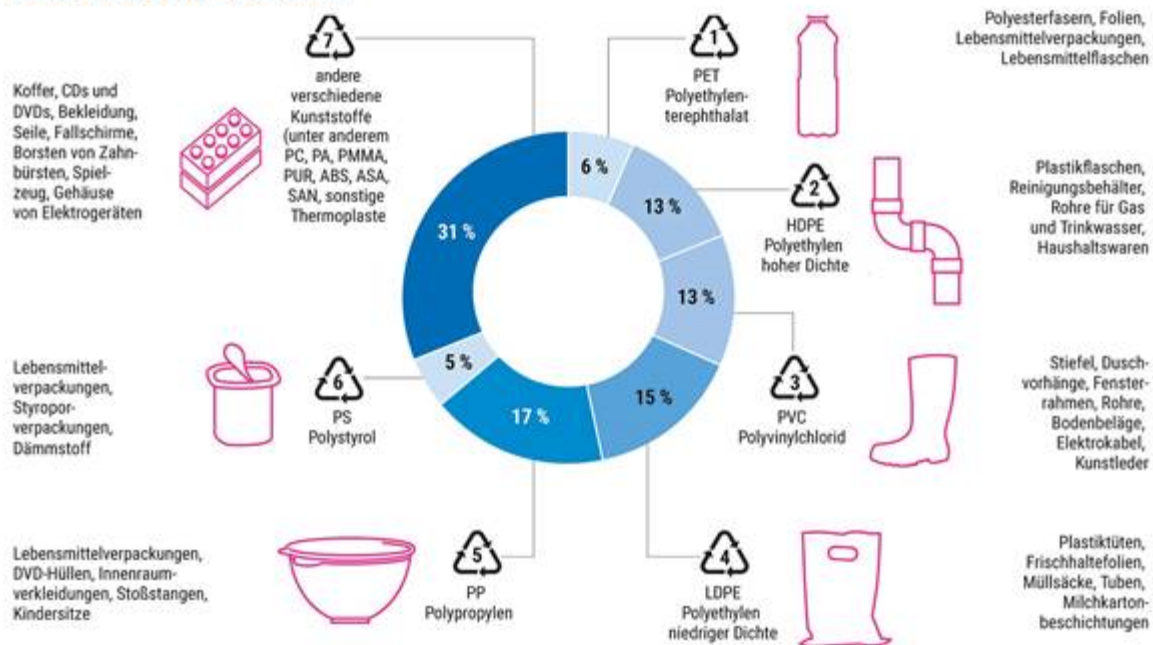
Chemisches Recycling von Kunststoffabfällen

Viele Kunststoffabfälle lassen sich bislang nicht recyceln. Stattdessen sollen chemische Verfahren aus den Materialien eine Art Rohöl gewinnen – oder gleich neue, hochwertige Stoffe. Ob das wirklich hilft, das Plastikproblem zu lösen, muss sich jedoch erst noch zeigen.

In Deutschland kamen 2017 sechs Millionen Tonnen Plastikmüll zusammen. Die Hälfte davon aus unseren Privathaushalten. Jeder Bundesbürger produzierte durchschnittlich gut 38

Kilogramm Kunststoff-Verpackungsmüll. Innerhalb der EU warfen nur die Luxemburger, Iren und Esten noch mehr Einwegverpackungen weg. Die andere Hälfte des Plastikabfalls stammt etwa von Gebrauchsgegenständen, aus Elektronikbauteilen, aus dem Bau sowie dem Transport- und Verkehrssektor.

DER PLASTIK-KREISEL



Bereits in den 1980er und 1990er Jahren forschte die Industrie intensiv nach Möglichkeiten der rohstofflichen Verwertung von Kunststoffabfällen. Die Pyrolyse galt damals als das Verfahren der Wahl, um die steigende Plastikflut zu bekämpfen. Doch auf Grund technischer und wirtschaftlicher Probleme kam es nie zu großtechnischen Anwendungen.

Derzeit gibt es noch keine funktionierende Großanlage für chemisches Recycling, doch bauen weltweit Forschungsgruppen, Start-ups und große Chemiefirmen Pilotanlagen für chemisches Recycling auf. Große Chemiebetriebe wie die BASF setzen wiederum auf typisch chemische Herangehensweisen. Im ChemCycling-Projekt wandelt eine Partnerfirma Kunststoffabfälle mittels Pyrolyse in ein flüssiges Öl um. Das nutzt der Ludwigshafener Konzern anschließend als Rohstoff, um daraus Basischemikalien herzustellen, aus denen zum Beispiel wieder Kunststoffe werden können. Die BASF-Anlage befindet sich noch am Anfang. Die Unternehmen erproben also derzeit im kleinen Maßstab, ob der Prozess überhaupt funktioniert. So bleibt für sie vorerst offen, ob 30 Jahre nach dem Scheitern der Pyrolyse und ähnlicher Verfahren die Neuaufgaben jetzt zu einem tragfähigen Geschäftsmodell führen werden. Vermeidung und Wiederverwertbarkeit sollten aber an erster Stelle stehen. Wegwerfmodelle sollten, wo immer möglich, vermieden werden.

<https://www.spektrum.de/news/loest-chemisches-recycling-das-plastikproblem/1777014>

Veranstaltungstipps

Französische Woche

Heidelberg. Die nunmehr 15. Französische Woche findet vom 9. Bis 17. Oktober in Heidelberg statt. Die Eröffnung am Freitag, 9. Oktober hält um 19.30 Uhr schwindelerregende Akrobatik in der Hebelhalle bereit. Die Compagnie Les hommes penchés zeigt Instable, ein akrobatisches Spiel über Scheitern und Gelingen, Stürzen und Wiederaufrichten.

<https://rnz-tickets.reservix.de/>

Märchenabend für Kinder ab 12

Heidelberg. Das Theater im Kulturhaus lädt am Sonntag, 11. Oktober, zum "Fingerhütchen und Zwergenmützchen", einem Märchenabend mit Musik für Erwachsene und Kinder ab 12 Jahren. Frei erzählt, mit Imitationstalent und Humor, werden ab 19.30 Uhr im Karlstorbahnhof Zwerge, Elfen und andere wundersame Wesen lebendig.

<https://rnz-tickets.reservix.de/>

"Ich habe nur zwei Hände!"

Mannheim. Hennes Bender ist ein Freund vieler Worte. Daran hat sich auch in seinem neuesten Programm nichts geändert. Und wieder stellt er sich ohne Punkt und Komma den großen Fragen des Lebens. Mit seiner Show "Ich habe nur zwei Hände!" kommt er am Donnerstag, 15. Oktober, ins Capitol. Los geht's um 20 Uhr.

<https://rnz-tickets.reservix.de/>

Draußenschule aus Ladenburg im Porträt im ZDF

Eine Grundschule in freier Trägerschaft, in der bis zu 40 Kinder gemäß Bildungsplan des Landes und oft im Freien unterrichtet werden: Das ist, grob skizziert, die Draußenschule nach dänischem Vorbild. Möglichst im September 2021 soll die Einrichtung in Ladenburg den Betrieb mit zunächst 25 Mädchen und Jungen aufnehmen.

Das ZDF wird im Rahmen eines Beitrags für die Sendereihe „Plan B“ am kommenden Samstag, 10.10.2020, den zweiten Schnuppertag der Draußenschule im Waldpark begleiten:

<https://www.zdf.de/>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-+faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

file:///Itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)